

Berlin, 18.03.2006

Kabinettsbeschluss zur Energiebesteuerung so nicht akzeptabel

Göppel: Biokraftstoffe brauchen verlässliche Perspektiven

Berlin, 16.03.2006 - Der Obmann der Unionsfraktion im Umweltausschuss des Bundestages, MdB Josef Göppel, will sich mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Besteuerung von Biokraftstoffen nicht abfinden. Nach einer gemeinsamen Sitzung der Finanz-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitiker der CDU/CSU in Berlin erklärte er, alles daransetzen zu wollen, um noch Änderungen zu erreichen. Er sei zuversichtlich, dass dieser Gesetzentwurf den Bundestag nicht so verlasse, wie er hineingekommen sei. Das Kabinett hatte am Dienstag festgelegt, reinen Biodiesel mit 10 Cent pro Liter, Pflanzenöle mit 15 Cent und beigemischte Mengen ebenfalls mit 15 Cent Steuer zu belegen.

1,7 Milliarden Euro will Finanzminister Steinbrück mit dem Wegfall der Mineralölsteuerbegünstigung für Biokraftstoffe einsparen. Göppel ist sicher: "Mit diesem Beschluss wird er nicht die Einnahmen bekommen, die er erwartet, weil der Markt zusammenbricht. Niemand wird Pflanzenöl kaufen, wenn es keinen Preisvorteil mehr an der Tankstelle hat." Herkömmliche Motoren müssten nämlich mit einem Aufwand von 2000 bis 5000 Euro umgebaut werden.

Göppel drängt darauf, dass der Vertrauensschutz von Seiten der Bundesregierung unbedingt eingehalten wird. Er beruft sich dabei auf das geltende Gesetz, wonach Biokraftstoffe bis 2009 steuerfrei sind. "Im Vertrauen darauf haben viele Leute ihr Auto umgerüstet. Landwirte investierten viel Geld in Ölpresen." Der Finanzminister könne sich die notwendigen Einnahmen dadurch holen, dass er die dem Diesel aus Erdöl verpflichtend beigemischten Biodieselmengen voll mit 47 anstatt mit 15 Cent besteuere. Dann könnten die pflanzlichen Reinkraftstoffe, wie ursprünglich vorgesehen, bis 2009 steuerfrei bleiben. Generell fordert Göppel für die Höhe der einzelnen Steuersätze einen für alle Bürger nachvollziehbaren Maßstab. Das könne die CO2-Bilanz der einzelnen Kraftstoffe sein. Pflanzenöle schnitten dabei am Besten ab.

Bioethanol bleibt nach dem Beschluss des Bundeskabinetts weiterhin steuerfrei. Die im Landkreis Ansbach für diesen neuartigen Kraftstoff eingerichtete Tankstelle wäre also nicht betroffen.

Die parlamentarische Beratung in Berlin wird sich über die nächsten drei Monate erstrecken. Die endgültige Beschlussfassung im Bundestag soll Mitte Juni 2006 erfolgen.

Das detaillierte Konzept von Josef Göppel für die Besteuerung der Biokraftstoffe finden Sie unter <http://www.goepfel.de/bundestag/index.php?artikelid=1190>.

Berlin, 04.02.2006

Göppel: Besteuerungsvorschlag für Biokraftstoffe so nicht akzeptabel

Ökologisch vorteilhafte Pflanzenöle würden abgewürgt

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat einen Vorschlag zur Besteuerung von Biokraftstoffen vorgelegt. Josef Göppel ist mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Hier seine Meinung dazu.

Berlin, 03.02.2006 - Der Besteuerungsvorschlag des Bundesfinanzministeriums für Biokraftstoffe ist nach Meinung des Unionsobmanns im Umweltausschuß des Bundestages, MdB Josef Göppel, so nicht akzeptabel. 15 Cent Steuer pro Liter für reine Pflanzenöle würden diesen gerade erst aufwachsenden Wirtschaftszweig wieder abwürgen. Reine Pflanzenöle seien zwar die ökologisch vorteilhaftesten Treibstoffe und brächten die höchste Wertschöpfung in ländliche Räume, doch herkömmliche Motoren müssten dafür mit einem Aufwand von 1000 bis 2000 Euro umgebaut werden. Wenn es beim Tanken keinen Preisvorteil mehr gebe, komme dieser volkswirtschaftlich überaus sinnvolle Markt schnell zum Erliegen. Außerdem hätten Spediteure, Landwirte und private Autobesitzer im Vertrauen auf die von der früheren Bundesregierung bis 2009 fixierten Steuerbefreiung viel investiert. Sie würden jetzt regelrecht betrogen.

Gleiches gilt nach Auffassung des CSU-Umweltsprechers auch für verestertes Pflanzenöl, den sogenannten reinen Biodiesel. Dafür will das Ministerium Steinbrück ab 1.8. dieses Jahres bekanntlich 10 Cent pro Liter an Steuern kassieren. Göppel hält diesen Betrag ebenfalls nicht für gerechtfertigt. Allenfalls 5 Cent wären hier vertretbar, sagt er. Es müsse neben dem traditionellen Kraftstoffmarkt einen florierenden freien Markt geben, damit die Autofahrer eine realistische Alternative zum Wechsel des Treibstoffs bekämen. Die Ölkonzerne könnten dann ihre Preiserhöhungen nicht mehr so einfach wie bisher durchsetzen. Von dieser preisdämpfenden Wirkung würden alle Autofahrer profitieren.

Zum Ausgleich der Mindereinnahmen könne der Finanzminister für zwangsbeigemischten Biodiesel mehr als die geplanten 15 Cent verlangen. Durch die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtbeimischung von 5 Prozent hätten die Lieferanten praktisch eine Absatzgarantie. Ein niedriger Steuersatz locke Importe an; die Landwirte bei uns hätten wieder das Nachsehen. Das Argument, die landwirtschaftliche Fläche in Deutschland würde für eine Vollversorgung ohnehin nicht reichen, nimmt Göppel ernst. Bisher sei von den 17 Millionen Hektar Agrarfläche der Bundesrepublik rund eine Million für den Anbau pflanzlicher Treibstoffe genutzt. Diese Fläche erbringe zur Zeit rund 2 Prozent des gesamten Kraftstoffbedarfs. Der aus heutiger Sicht mögliche Anteil von 20 Prozent reiche in Verbindung mit neuen Antriebstechnologien wie Wasserstoff aber aus, um die Energieversorgung des Verkehrs krisensicherer zu machen und mehr Wettbewerb in diesen Markt zu bringen.